

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **93 (2013)**

Heft 1011

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Wer bestimmt über wen?

Über die zunehmende Entfremdung von Politik und Wirtschaft

DOSSIER



Bild: Fotolia

- 1 **Weniger Staatsangestellte, mehr Freiheit** *Christoph Blocher*
- 2 **Wirtschaftsdemokratie wagen** *Christian Levrat*
- 3 **Wo der Hammer hängt** *Karen Horn*
- 4 **Verflochten und entfremdet** *Gebhard Kirchgässner*

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir der Fredy & Regula Lienhard-Stiftung.

Schwindet bei uns das gegenseitige Interesse von Wirtschaft und Bürger, weil die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Globalisierung die demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionen schwächen und die kollektive Identitätsstiftung immer schwieriger machen?

Hubertus Schmid, Präsident der Frey & Regula Lienhard-Stiftung

Wir verstehen uns als liberale Debattenzeitschrift, und der folgende Themenschwerpunkt steht explizit unter dem Credo der Debattierfreudigkeit. Für diese Ausgabe haben wir folgendes Arrangement getroffen: Vier Autoren verfassen nach denselben Vorgaben einen grundsätzlichen Beitrag zum Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft, von Demokratie und Marktwirtschaft.

Wir haben unseren Autoren folgenden Frageraster vorgelegt:

1. Vorkommnisse, Ereignisse, Trends

Welche Ereignisse, Entwicklungen und Probleme zwingen aus Ihrer Sicht zum kritischen Nachdenken über die Zukunftsfähigkeit bestehender Strukturen, Regeln und Positionen in Privatwirtschaft und Politik?

2. Analyse

Worin orten Sie die Ursache(n) der von Ihnen benannten Krise(n): in zu viel/zu wenig Wirtschaftsfreiheit, in zu viel/zu wenig demokratischer Mitbestimmung? In wirtschaftlicher Inkompetenz der Politiker, in politischer Indifferenz der Wirtschaftsführer? Hat sich die Wirtschaft von der Politik entfremdet – oder die Politik von der Wirtschaft? Erleben wir eine Politisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens (Regulierung, Bevormundung, Interventionen)? Oder erleben wir eine Ökonomisierung des politischen Lebens?

3. Diagnose

Leben wir in einer freien Marktwirtschaft? Leben wir in einer sozialen Marktwirtschaft? Oder leben wir in einer neuen Form des Staatskapitalismus? Ist die Demokratie in Gefahr? Ist die Marktwirtschaft in Gefahr? – Stehen die Zwillingskonzepte von Marktwirtschaft und Demokratie neuerdings in einem Spannungsfeld? Wenn ja, wie lassen sich die Reibungspunkte präzise beschreiben? Und welche Konsequenzen lassen sich daraus ziehen?

4. Grundzüge einer freiheitlichen und gerechten Wirtschaftsordnung in der Zukunft

Lassen sich einige konkrete Positionen und Forderungen an Unternehmen, Unternehmer, Politiker, Steuerzahler, Arbeitnehmer und Bürger aufstellen, die als Antwort auf die Probleme der Gegenwart für die Ordnung einer liberalen Demokratie bzw. demokratischen Marktwirtschaft taugen? Oder bedarf es neuer Modelle demokratischer bzw. marktwirtschaftlicher Ordnung? Und wie sähen die aus?

Die Antworten auf den folgenden Seiten bilden die Grundlage für eine offene und öffentliche Diskussion, die die Autoren am 17. Dezember führen (siehe Eigeninserat auf S. 74). Wir zeichnen die Diskussion auf und publizieren sie in einer der folgenden Ausgaben – mit hoffentlich maximalem Erkenntnisgewinn für Sie, liebe Leserinnen und Leser.

Wir wünschen schon jetzt anregende Lektüre!

Die Redaktion